

Grosser Rat

VORSTOSS

Interpellation Silvan Hilfiker, FDP, Oberlunkhofen (Sprecher), und Marianne Binder, CVP, Baden vom 17. September 2019 betreffend Rückreise von Asylsuchenden in ihre Herkunftsländer

Text und Begründung:

In den letzten Wochen häuften sich erneut die medialen Berichte, wonach Asylsuchende in ihre Herkunftsländer in die Ferien reisen und danach wieder zurück in die Schweiz. Dies betrifft insbesondere syrische und eritreische Personen. Solche Heimatreisen sind verboten. Bei Entdeckung drohen Widerruf des Asyls und Aberkennung des Flüchtlingsstatus. Es ist nicht nachvollziehbar, dass Asylsuchende, welche Verfolgung oder Krieg als Fluchtgründe angeben und welchen aufgrund der Bedrohung an Leib und Leben in ihrem Heimatland Aufnahme gewährt wird, trotzdem Ferien in ihren Herkunftsländern verbringen können. Dieser Umstand stellt einen Widerspruch in sich dar.

Am 24. Mai 2016 haben Marianne Binder, CVP, Baden und Dr. Markus Dieth, CVP, Wettingen das Postulat 16.108 betreffend Überprüfung und Konsequenzen von Reisen eritreischer Asylsuchender in ihr Heimatland anlässlich der Feiern zur 25-jährigen Unabhängigkeit des Landes eingereicht. Das Postulat wurde 20. September 2016 vom Grossen Rat mit 82 gegen 38 Stimmen überwiesen. Die Heimreise-Problematik besteht nach wie vor. Der Regierungsrat hat bei der damaligen Debatte im Grossen Rat in Aussicht gestellt, dass dieses Postulat bei Überweisung einfach auf die lange Liste der Postulate gesetzt wird, die später wirkungslos abgeschrieben werden (Quelle: GR-Protokoll vom 20. September 2016; Seite 4487; 1561). Diese Prognose scheint sich zu bewahrheiten. Seit der Überweisung ist der Regierungsrat untätig geblieben und missachtet damit klar den Willen des Parlaments. Wir bitten in diesem Zusammenhang den Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1) Welche Kenntnisse hat der Regierungsrat über Flüchtlinge, die sich in den Aargauer Asylstrukturen (Kanton, Gemeinde) befinden und in ihre Heimatländer reisen?
- 2) Wie viele Flüchtlinge sind betroffen und in welche Länder sind sie gereist?
- 3) Ist die Anzahl der Reisen im Vergleich zu 2016 stabil geblieben oder kann eine Zu- resp. Abnahme festgestellt werden?
- 4) Wie geht der Regierungsrat mit dieser Problematik um und inwiefern bestehen Möglichkeiten, zusammen mit den Gemeinden bessere Kontrollen durchzuführen oder die Gemeinden in diesen Bemühungen zu unterstützen?
- 5) Kann sich der Regierungsrat vorstellen, eine Standesinitiative zu unterstützen, mit der ein Asylsuchender, der in sein Heimatland reist, in dem er angeblich verfolgt wird, sofort seinen Status als Asylbewerber verliert?
- 6) Wie ist der Stand dieses Postulates 16.108 und wann kann der Grosse Rat mit einem Bericht rechnen?